

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 29. September 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

drei Wochen nach Ankündigung des Deutschland-Paktes hat Bundeskanzler Olaf Scholz der Opposition und den Bundesländern noch immer kein Angebot zur Zusammenarbeit in drängenden politischen Fragen gemacht. Dabei benötigen wir insbesondere eine Kooperation im Bereich der Migration. Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen gegen die immer drängender werdende Notlage der Städte und Gemeinden, denn die Zahl der Asylsuchenden steigt rasant und bringen die Kommunen, welche sich um Unterbringung und Versorgung kümmern müssen, in große Nöte. Die Belastungen müssen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden und die Kommunen brauchen Planungssicherheit.

Die Lage ist auch auf dem Wohnungsmarkt kritisch. Geschätzt fehlen 700.000 Wohnungen, die Zahl der Neubauten pro Jahr sinkt. Es fehlt an Fachkräften, Baukosten und Bauzinsen steigen und es gibt immer mehr Vorgaben. Die Konsequenz: Projekte werden reihenweise storniert. Zur aktuellen Lage beim Neubau hat sicherlich auch das Chaos um die Novelle des Heizungsgesetzes beigetragen.

Der Wohnungsmangel führt zu steigenden Mieten und gesellschaftlichen Spannungen. Die Ampel-Koalition handelt jedoch wiederholt zu spät und halbherzig: Der 14-Punkte-Maßnahmeplan der Bundesregierung, der auf dem Wohnungsgipfel am Montag verabschiedet wurde, wird von der Bauwirtschaft angesichts der Prognosen der Konjunkturforscher überwiegend als zu klein dimensioniert angesehen. Die Baukrise hat Folgen für die Gesamtwirtschaft. Die Märkte brauchen jetzt verlässliche Signale, damit Investoren in den Markt investieren.

Mehr zu diesen Schwerpunkten lesen Sie im Folgenden. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Ihr

Hermann Färber MdB

Inhalt

Aktuelle Stunde zur
irregulären Migration

Leitantrag zur
Wohnbaukrise

Kürzungen im
Agrarhaushalt

Rückblick auf Vor-
Ort-Termin bei alwa

Terminvorschau



Bildquelle: Canva.

Aktuelle Stunde zum Stopp der irregulären Migration

Vor drei Wochen hat Bundeskanzler Scholz in der Generaldebatte des Deutschen Bundestags einen "Deutschland-Pakt" vorgeschlagen, in dem sich auch vage Aussagen zur Migrationspolitik finden. Mit unserem Antrag aus der vergangenen Sitzungswoche zum Stopp der irregulären Migration haben wir gezeigt, dass wir uns als konstruktive Opposition verstehen. Das Maßnahmenpaket mit konkreten Vorschlägen ist ein Angebot zur Zusammenarbeit an die Koalition – falls das Angebot des Kanzlers ernst gemeint war, die grundlegenden Probleme des Landes gemeinsam anzugehen.

Leider ist eine Antwort des Bundeskanzlers auf unser Angebot bisher ausgeblieben. Seitdem ist von Seiten der Bundesregierung nichts passiert. Es gibt keine Vorschläge, über die wir sprechen könnten. Es gibt keine Einigkeit in der Ampelkoalition, welche Maßnahmen nun erforderlich sind. Die aktuelle Stunde war daher ein Anlass nachzufragen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie der Bundeskanzler das für unsere Gesellschaft so dringende Problem der irregulären Migration nun lösen will.

Die Bundesregierung lässt die Kommunen bei der Finanzierung flüchtlingsbedingter Mehrausgaben im Regen stehen. Gegebene Zusagen werden nicht eingehalten und stattdessen die Bund-Länder-Beratungen über ein langfristig tragfähiges System der Flüchtlingskostenfinanzierung zum Scheitern gebracht. Ankündigungen, jetzt doch gegen irreguläre Migration vorgehen zu wollen, erscheinen vor diesem Hintergrund nicht glaubhaft – zumal, wenn Teile der Bundesregierung versuchen, die auf EU-Ebene wichtige Vereinbarung zur gemeinsamen Asylpolitik zu hintertreiben.

400.000 Asylbewerber werden nach Schätzung der Bundespolizei in diesem Jahr in Deutschland Schutz suchen. Um 77 Prozent ist die Zahl der Asylanträge in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Außerdem leben über eine Million ukrainischer Flüchtlinge bei uns, die vor den russischen Angriffen auf ihr Land geflohen sind. All diese Menschen müssen in den Kommunen aufgenommen, versorgt und integriert werden. Die Städte und Gemeinden sind allerdings schon lange am Limit. Ihnen fehlen Wohnungen, Schulen und Kitas.

Wir brauchen zügig ein gemeinsames Vorgehen gegen die immer drängender werdende Notlage, denn das Problem spaltet allmählich die Gesellschaft und lässt die Bereitschaft zur Solidarität sinken. Um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es nach Auffassung der Union wirksamer Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration.

Wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen

Die Ampel hat sich zum Ziel gesetzt, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Dieses Ziel wird weit verfehlt: In diesem Jahr werden voraussichtlich 223.000 Wohnungen fertiggestellt, im nächsten sogar nur noch 177.000. Unterdessen berichten 44 Prozent der Baufirmen von fehlenden Aufträgen, über 20 Prozent von Auftragsstornierungen. Die Baugenehmigungen für Privathäuser brechen flächendeckend ein. Familien, die bauen wollen, können sich die eigenen vier Wände oft nicht mehr leisten. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten, es gibt Kurzarbeit und erste Entlassungen. Deutschland steckt in einer Wohnungsbaukrise.

Die Ampel-Regierung hatte bis zum Baugipfel am Montag alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft verhallen lassen. Die auf dem Gipfel angekündigten Maßnahmen greifen zwar manche unserer Forderungen auf, reichen aber längst nicht aus, um die dramatische Lage zu besänftigen - das sieht auch die Branche so.

Wir fordern einen Dreiklang aus Kostensenkungen, steuerlichen Maßnahmen und gezielter Förderung. Konkret gesagt braucht es:

- Die Einführung einer neuen Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau: Unternehmen garantieren Mietbegrenzungen und schaffen so bezahlbaren Wohnraum. Dafür erhalten sie zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten.
- Den Ländern rechtssicher die Möglichkeit eröffnen, bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind für den Ersterwerb von selbst genutztem Wohneigentum einzuführen.
- Erbschaftsteuerrechtliche Freibeträge aufgrund des Preisanstiegs bei Wohnimmobilien von fast 65 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre entsprechend anheben.
- Aufstockung des bestehenden KfW-Kreditprogramms und Anpassung der Richtlinien des Förderprogramms "Wohneigentum für Familien" (WEF) in der Art, dass sowohl die Einkommensgrenze angehoben als auch der Energieeffizienzstandard EH 55 förderfähig wird. Zudem muss der Kauf von Bestandsimmobilien in das Förderprogramm einbezogen werden.
- Belastungsmoratorium für wirksame Kostensenkungen: Bis Ende 2027 dürfen keine neuen Vorschriften erlassen werden, die das Bauen unnötig verteuern oder verlangsamen.
- Ökonomisch und ökologisch sinnvolle energetische Standards setzen und einen Sanierungszwang durch EU-Gesetze ausschließen.

Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Um wirksam der Krise entgegenzusteuern, muss der Staat vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung, denn er hatte sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben.

Minister Özdemir verteidigt Agrarhaushalt im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

In den Haushaltsberatungen des Bundes für 2024 gibt es signifikante Einschnitte im Agrarhaushalt. So soll das bedeutendste Agrarförderinstrument, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschützes (GAK)“, 2024 um 293 Mio. € geringer ausfallen als im Vorjahr. Die GAK ist mit ihrer großen Bandbreite von Maßnahmen das wichtigste nationale Förderinstrument für die Agrarstrukturen und Kernbestandteil des gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen in Deutschland.

Diese Kürzungen treffen daher den ländlichen Raum unmittelbar: Projekte werden nicht weiter gefördert werden können, Investitionen in ländliche Infrastrukturen werden gekappt und dringende Anpassungen von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wassernutzung an den Klimawandel werden verschleppt.

Die Politik muss aber den Landwirten in dieser unsicheren Zeit und angesichts der Forderungen der Gesellschaft Sicherheit durch klare politische Leitplanken geben - für mehr Tierwohl und Biodiversität braucht es klare Signale und Unterstützung! Die CDU/CSU-Fraktion versucht daher mit einem Antrag zumindest die Tierwohlförderung wieder zurück in die GAK zu holen, sodass sich auch die Länder weiter an der Finanzierung beteiligen können. Spätestens im November muss die Ampel-Koalition über die Agrarmittel eine abschließende Entscheidung treffen.



Bildquelle: Hermann Färber



Zu Besuch bei Alwa in Sersheim

Auf Einladung von Fritz-Kola-Gründer Mirco Wolf Wiegert (fritz-Kulturgüter GmbH) besuchte ich kürzlich die neue Glasanlage bei der alwa Mineralbrunnen GmbH in Sersheim. Alwa ist seit 2021 Lohnfüllpartner für die fritz-Kulturgüter GmbH und produziert seit 2021 klimaneutral. Während eines Rundgangs konnte ich den Weg der fritz-spritz Rhabarberschorle von der Leergutannahme, dem Flaschenspülvorgang und Sortierung bis hin zur Abfüllung und Etikettierung begleiten.

Fritz-Kulturgüter GmbH hat sich alwa Mineralbrunnen und weitere Lokalbrunnen - alles familiengeführte Unternehmen - als Partner für die Abfüllung und Logistik gewählt, um durch kurze Wege und geringe Emissionen seinen Beitrag zum Umweltschutz leisten zu können. Auch möchte fritz-Kola das "Farm-to-Fork"-Konzept der EU weiter ausbauen, z.B. durch die Nutzung von regionalem Zucker für die Getränkeherstellung.

Ein zentrales Thema unserer Diskussion war das Werbeverbot und die Auswirkung auf Kleine und Mittlere Unternehmen (KMUs). Das Verbot trifft den Mittelstand und die inhabergeführten Unternehmen mehr als globale Player, die andere Möglichkeiten der Werbung nutzen können und über Sponsoring für den Produktabsatz sorgen können. Betont wurde außerdem, dass die Wasser- und Erfrischungsgetränkehersteller in Deutschland ein vorbildliches Rücklauf-, Mehrweg und Recyclingsystem sowie eine hohe Recyclingquote haben. Der entstehende CO₂-Fußabdruck durch den Konsum von Mineral- und Heilwasser mache daher weniger als 0,25 Prozent aus.

Was ich immer wieder wahrnehme ist, dass die Mittelständler gerne das Gesprächspartner mit der Politik suchen, denn Energiethemen, Inflation und Fachkräftemangel betreffen sie akut. Oftmals können dabei innovative Lösungen gefunden werden und es besteht das Bedürfnis, dieses Wissen und die Sorgen mit der Politik zu teilen, sich auszutauschen und zu diskutieren. Leider geht die Ampelregierung aber bislang nicht auf Gesprächsanfragen ein - das halte ich für ein schlechtes Signal.

Terminvorschau

29. September: Wahl der Deutschen Weinkönigin in Neustadt an der Weinstraße
30. September: Herbstempfang der CDU Uhingen mit Roderich Kiesewetter MdB in Uhingen
03. Oktober: Festakt der Jungen Union und der CDU Eislingen zum Tag der Deutschen Einheit
04. Oktober: Sitzung der CDU Böhmenkirch in Böhmenkirch
05. Oktober: Neubaubegehung und Dialog mit den Alb-Fils-Klinken zum Thema Krankenhausfinanzierung in Göppingen
05. Oktober: Mitgliederversammlung des Kreisbauernverbands Göppingen e.V. in Rechberghausen
11. Oktober: Grußwort beim Herbstlichen Weinempfang des Deutschen Raiffeisen Verbands (DRV) in Berlin
12. Oktober: Internes Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages zum Moorschutz in Berlin
12. Oktober: Abend der Begegnung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks in Berlin

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de